

1. Ergänzungs-Vorlage

Kreisausschuss

Kreistag

Sitzungsdatum: 01.10.2020

Sitzungsdatum: 08.10.2020

Vorlage Nr.: E1-2023/14-20/LR

Tagesordnungspunkt	- öffentlich -
Betreff:	
Nachhaltige Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und Unterstützung der kommunalen Ordnungsbehörden zum Zwecke der Bewältigung pandemischer Lagen	
Beschlussvorschlag:	
<p>Der Kreistag beschließt, zum Zwecke der nachhaltigen Bekämpfung des Pandemiegeschehens</p> <ol style="list-style-type: none">1. sechszehn neue Stellen, darunter Stellen für Ärzte, medizinisches Fachpersonal, Hygienekontrolleure und Verwaltungsbedienstete zu schaffen und so schnell als möglich zu besetzen,2. darüber hinaus befristet bis zu 30 Personen einzustellen, um die Kreisverwaltung in den Bereichen der Kontaktnachverfolgung, des Bürgertelefons und der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen,3. das vom Oberbergischen Kreis initiierte Projekt der Ordnungspartnerschaften zwischen Kreis, Kreispolizeibehörde und Kommunen über das Jahr 2020 hinaus fortzusetzen und den dreizehn kreisangehörigen Kommunen einheitliche Fahrzeuge und eine einheitliche Ausstattung und Ausrüstung sowie einen Personalkostenzuschuss in Höhe von jeweils max. 35.000 Euro p.a. zur Verfügung zu stellen,4. notwendige Räumlichkeiten anzumieten, um nach Verlagerung von Kolleginnen und Kollegen anderer Ämter die im Bereich der Pandemiebekämpfung eingesetzten Kolleginnen und Kollegen in räumlicher Nähe des Gesundheitsamtes unterzubringen, <p>erforderliche Mittel im Jahr 2020 überplanmäßig bereitzustellen und im Jahr 2021/2022 über den Kreisaushalt abzubilden.</p>	

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten € siehe Sachverhalt	Produktgruppe diverse	Haushaltsjahr 2020 ff
Auswirkungen auf	<input checked="" type="checkbox"/> Ergebnis- und Finanzrechnung	<input type="checkbox"/> nur Finanzrechnung
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input checked="" type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

In Ergänzung der Vorlage Nr. 2023/14-20/LR teilt die Verwaltung Folgendes mit:

Nach Abfassung der o.g. Vorlage hat das Infektionsgeschehen im Oberbergischen Kreis erneut in besorgniserregender Weise an Fahrt zugenommen. Zwischenzeitlich, namentlich am Freitag, den 18.09.2020, wurde der in der CoronaSchVO genannte Grenzwert von 35 Neuinfektionen innerhalb der letzten 7 Tage auf 100.000 Einwohner beinahe erreicht. Aufgrund der Betroffenheit etlicher Schulen, zahlreicher – auch größerer – Betriebe und einer Verbreitung des Virus in die allgemeine Bevölkerung hinein, wurden daher zunächst verwaltungsinterne weitere Maßnahmen, wie die verbindliche Umsetzung weiterer Dienstkräften aus anderen Ämtern, ergriffen. Ungeachtet dessen waren die Zahl der Anrufe im Bereich des Bürgertelefons erheblich, da nicht immer betroffene Schüler*innen bzw. deren Eltern unmittelbar nach Bekanntwerden der Infektion eines Mitschülers durch das Gesundheitsamt kontaktiert werden konnten.

In einer gemeinsamen Sitzung des Krisenstabes am 18.09.2020 mit Vertretern der Bezirksregierung Köln und des Landesentrums für Gesundheit NRW wurde daher entschieden, vorsorglich über ein formales Hilfeersuchen Kräfte der Bundeswehr anzufordern, um insbesondere den Bereich der Kontaktnachverfolgung – jedenfalls temporär - zu verstärken. Am 22.09.2020 haben daraufhin zwölf Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst in den Räumen der Kreisverwaltung aufgenommen – dies allerdings befristet bis zum 09.10.2020.

Nach wie vor und erst recht angesichts der Entwicklungen in den letzten beiden Wochen ist zu befürchten, dass das Infektionsgeschehen gerade im Herbst und Winter weiterhin zunehmen wird. Das Personalkonzept, das in einer Phase erarbeitet worden war, als das Infektionsgeschehen an Dynamik etwas verloren hatte und daher beherrschbar erschien, muss vor diesem Hintergrund angepasst werden. Neben einer weiteren Arztstelle, einer weiteren Stelle für eine im Bereich des Infektionsgeschehens sachkundigen Person (z.B. Biologe*in o.ä.) sollen daher – zunächst für die Dauer von zwei Jahren – bis zu 30 weitere Personen be-

fristet beschäftigt werden, um die Verwaltung insbesondere im Bereich der Kontaktnachverfolgung, des Bürgertelefons und der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

Unter dem Aspekt, dass die Verwaltung inzwischen auch räumlich an ihre Grenzen stößt, soll das sog. OAG-Gebäude, das unmittelbar an das Gesundheitsamt angrenzt, für Zwecke der Bekämpfung des Pandemiegeschehens eingesetzt werden. Dementsprechend müssen die Wirtschaftsförderung und das Amt für Planung, Entwicklung und Mobilität kurzfristig anderweitig untergebracht werden.

Die Verwaltung prüft derzeit die Möglichkeit einer Anmietung eines der ehem. Polizeigebäude auf der Karlstraße bzw. der Hindenburgstraße. Es ist beabsichtigt, mit dem Land NRW als Eigentümer einen entsprechenden Mietvertrag abzuschließen.

Die Verwaltung strebt an, bis zur Sitzung des Kreistages am 08.10.2020 die notwendigen Verhandlungen geführt und abgeschlossen zu haben.

gez.

Jochen Hagt
-Landrat-

gez.

Klaus Grootens
-Kreisdirektor-